54A.4 2025-0021290

Standortbezogene Vorprüfung zur Feststellung der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für die Errichtung einer Teststrecke zur Durchführung von Betriebsversuchen mit Mengemesseinrichtungen an der Rohrfernleitungsanlage FG 30D1 der ARG mbH & Co. KG (MS 47 Zeche Prosper-Haniel, Bottrop)

Die ARG mbH & Co. KG betreibt ein Rohrfernleitungsverbundsystem zum Transport überkritischen Ethylens zwischen verschiedenen Chemiestandorten in den Niederlanden, Belgien und Deutschland.

Laut Aussage der Antragstellerin steht in Zukunft weltweit kein Kalibrierstand mehr für Durchflussmessgeräte an Rohrfernleitungen zur Verfügung, in denen überkritisches Ethylen transportiert wird. Um eine bestmögliche Leckerkennung zu gewährleisten, müssen Betriebserfahrungen mit neuen Durchflussmessgeräten gesammelt werden. Geplant wird daher die Errichtung einer Teststrecke zur Durchführung von Betriebsversuchen an der Motorarmaturenstation MS 47 der Rohrfernleitungsanlage FG 30D1 auf einer bereits befestigten Fläche auf dem südlichen Teil des Betriebsgeländes der Zeche Prosper Haniel in Bottrop.

Dem Vorhaben ging die folgende Zulassung voraus: Plangenehmigung vom 24.04.2018 zum Umbau der Motorarmaturenstation MS 47 für die Rohrfernleitungen FG 30 und FG 30D1 der ARG mbH & Co. KG (Az.: 54.9-2.30-1.1). Gegenstand dieser Genehmigung war bereits die Errichtung eines Umgangs mit geflanschten Passstück für eine spätere Nachrüstung einer Mengemessung.

Für das Vorhaben erfolgte auf der Grundlage von § 9 Abs. 2, 4 und 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) und § 7 Abs. 2 UVPG in Verbindung mit Nr. 19.4.4 der Anlage 1 des UVPG eine standortbezogene Vorprüfung. Die standortbezogene Vorprüfung wird als überschlägige Prüfung in zwei Stufen durchgeführt. In der ersten Stufe prüft die zuständige Behörde, ob bei dem Änderungsvorhaben besondere örtliche Gegebenheiten gemäß den in Anlage 3 Nummer 2.3 des UVPG aufgeführten Schutzkriterien vorliegen. Ergibt die Prüfung in der ersten Stufe, dass keine besonderen örtlichen Gegebenheiten vorliegen, so besteht keine UVP-Pflicht. Ergibt die Prüfung in der ersten Stufe, dass besondere örtliche Gegebenheiten vorliegen, so prüft die Behörde auf der zweiten Stufe unter Berücksichtigung der in Anlage 3 des UVPG aufgeführten Kriterien, ob das Änderungsvorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die die besondere Empfindlichkeit oder die Schutzziele des Gebietes betreffen und nach § 25 Absatz 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären. Die UVP-Pflicht besteht, wenn das Änderungsvorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde solche Umweltauswirkungen haben kann (§ 7 Abs. 2 UVPG).

Im Rahmen der standortbezogenen Vorprüfung wurde festgestellt, dass die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist. Zusätzliche erhebliche nachteilige oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen auf ein in § 2 Abs. 1 UVPG genanntes Schutzgut sind durch das Änderungsvorhaben nicht zu erwarten.

Diese Feststellung wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 UVPG bekannt gemacht und ist gemäß § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag

gez. Ebert